

Dipl.-Volkswirt Christoph Junkert

Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2013

Das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich betrug am Ende des Jahres 2013 insgesamt 550 Milliarden Euro und war damit gegenüber den revidierten Ergebnissen des Berichtsjahres 2012 um 2,3 % gesunken (– 13 Milliarden Euro).

Der folgende Beitrag gibt zunächst einen kurzen Einblick in die Methodik der Statistik. Diesem folgt eine Analyse des Finanzvermögens des Jahres 2013 bezüglich seiner Höhe und Struktur anhand der vier Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung) und im Kontext der letzten Erhebungsjahre. Darauf aufbauend wird ein Vergleich auf Länderebene vorgenommen und das Finanzvermögen den Schulden gegenübergestellt.

1 Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen der Finanzmarktkrise ist insbesondere die Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts¹ stärker in den Fokus gerückt. Um jedoch ein Gesamtbild der Vermögenssituation des Staates zu zeichnen, ist es empfehlenswert, das Finanzvermögen als Gegenpart zum Schuldenstand zu beleuchten. Mit der Gegenüberstellung der Aktiv- und Passivpositionen können – im Gegensatz zu einer rein einseitigen Betrachtung der Finanzvermögens- oder Schuldenseite – umfassendere Informationen

zur finanziellen Situation der öffentlichen Hand abgeleitet werden.²

Es werden in der Statistik über das Finanzvermögen nur Positionen des finanziellen Anlagevermögens erfragt; das Sachvermögen (zum Beispiel Grundstücke, Gebäude und so weiter) bleibt in dieser Statistik unberücksichtigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben seit dem Berichtsjahr 2004 im Rahmen einer Totalerhebung Daten über das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts, das heißt nur von Einheiten des Staatssektors nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG).³ Da die Datenqualität in den Anfangsjahren wenig belastbar war, wurde von einer breiten Veröffentlichung der erhobenen Daten Abstand genommen. Mit der Weiterentwicklung der Statistik und zunehmender öffentlicher Beachtung des Finanzvermögens wurde für das Berichtsjahr 2010 erstmals eine Fachserie (Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 5.1 „Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts“) analog zur Schuldenstatistik aufgelegt. Dieses Basisjahr wurde gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt der Berichtskreis der Erhebung entsprechend den Anforderungen des ESVG erweitert beziehungsweise angepasst wurde.⁴ Somit ist eine Vergleichbarkeit der

¹ Dieser umfasst die Kern- sowie die Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und der Sozialversicherung. Ausführliche Erläuterungen zur Abgrenzung des Öffentlichen Gesamthaushalts siehe Rückner, C.: „Integration in den Finanz- und Personalstatistiken. Auf dem Weg zum finanzstatistischen Gesamtbild“ in WiSta 11/2011, Seite 1104 ff.

² Siehe Burth, A./Geißler, R./Gnädinger, M./Hilgers, D.: „Kommunaler Finanzreport 2013: Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung im Ländervergleich“, Gütersloh 2013, Seite 118.

³ Die Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union („ESVG 2010“) wurde am 26. Juni 2013 im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht (Amtsblatt der EU Nr. L 174, Seite 1). Mit Wirkung vom September 2014 trat das ESVG 2010 damit die Nachfolge des bis dahin gültigen ESVG 1995 an.

⁴ Nähere Erläuterungen dazu siehe Hohmann, K./Scharfe, S.: „Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2010“ in WiSta 5/2012, Seite 434 ff., hier: Seite 436.

Ergebnisse der Finanzvermögenstatistik seit der Erhebung 2010 gewährleistet. Zudem haben sich seit der ersten Veröffentlichung der Fachserie die Erhebungsmerkmale⁵ des Finanzvermögens nicht geändert.

In den folgenden Kapiteln dieses Aufsatzes wird ausschließlich das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich betrachtet. Dazu zählen folgende Erhebungsmerkmale:

- › Bargeld und (Sicht-)Einlagen
- › Wertpapiere von Kreditinstituten und vom sonstigen in- und ausländischen Bereich
- › Ausleihungen (vergebene Kredite) an Kreditinstitute sowie an den sonstigen in- und ausländischen Bereich
- › Sonstige Forderungen (einschließlich Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich)⁶

Diese Abgrenzung des Finanzvermögens entspricht prinzipiell seinem Pendant in der Schuldenstatistik, bei der die Schulden beim nicht öffentlichen Bereich identisch sind mit dem Schuldenstand, der als eines der beiden Maastricht-

Kriterien an die Europäische Kommission⁷ gemeldet wird. Eine Ausnahme bei der Gegenüberstellung bilden hierbei nur die Sonstigen Forderungen, denen in der Schuldenstatistik keine adäquate Gegenposition gegenüber steht.⁸

2 Ergebnisanalyse des Finanzvermögens 2013

In diesem Kapitel werden zentrale Ergebnisse des Finanzvermögens am 31. Dezember 2013 dargestellt und getrennt nach den vier Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts – Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung – analysiert.

2.1 Entwicklung des Finanzvermögens nach Ebenen

Zum Ende des Jahres 2013 belief sich das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts auf 550,5 Milliarden Euro, was einem Rückgang von 2,3% (-13,1 Milliarden Euro) im Vergleich zum Vorjahr entspricht (siehe Tabelle 1). Die Anlage in Bargeld und Einlagen war dabei die einzige der vier erfassten Vermögensarten, die ein Plus verzeichnete, und zwar in Höhe von 12,3 Milliarden Euro (+7,1%). Sie stellt mit einem Anteil von rund einem Drittel weiterhin die

⁵ Alle Erhebungsmerkmale der Statistik des öffentlichen Finanzvermögens sind in Übersicht 1 in Hohmann, K./Scharfe, S. (2012), hier: Seite 435 f., dargestellt.

⁶ Bei Sonstigen Forderungen handelt es sich zum Beispiel um ausstehende Verwaltungsgebühren, Steuern oder Sozialbeiträge.

⁷ Die Meldung erfolgt an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), eine Generaldirektion der Europäischen Kommission.

⁸ Siehe Hohmann, K./Scharfe, S. (2012), hier: Fußnote 6 auf Seite 436.

Tabelle 1 Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts¹ beim nicht öffentlichen Bereich nach Ebenen und Vermögensarten

	31. Dezember 2010	31. Dezember 2011	31. Dezember 2012	31. Dezember 2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012
	Mill. EUR				%
Insgesamt	536 405	524 633	563 574	550 466	- 2,3
Bargeld und Einlagen	131 492	142 248	172 425	184 714	+ 7,1
Wertpapiere	178 274	167 812	162 888	153 645	- 5,7
Ausleihungen	155 118	135 779	148 918	135 511	- 9,0
Sonstige Forderungen ²	71 521	78 794	79 342	76 596	- 3,5
Bund	282 055	249 935	234 029	218 233	- 6,7
Bargeld und Einlagen	28 228	19 712	30 562	30 323	- 0,8
Wertpapiere	131 459	117 630	108 007	100 561	- 6,9
Ausleihungen	103 771	87 836	72 134	70 399	- 2,4
Sonstige Forderungen ²	18 597	24 758	23 325	16 949	- 27,3
Länder	128 672	129 992	159 947	154 287	- 3,5
Bargeld und Einlagen	29 414	32 409	31 573	37 003	+ 17,2
Wertpapiere	30 142	32 152	33 401	31 959	- 4,3
Ausleihungen	46 747	42 975	71 638	59 212	- 17,3
Sonstige Forderungen ²	22 370	22 456	23 336	26 113	+ 11,9
Gemeinden/Gemeindeverbände	55 049	57 228	62 319	64 970	+ 4,3
Bargeld und Einlagen	29 817	31 243	34 967	36 513	+ 4,4
Wertpapiere	3 877	3 659	3 881	4 354	+ 12,2
Ausleihungen	3 719	3 662	3 713	3 658	- 1,5
Sonstige Forderungen ²	17 636	18 664	19 758	20 444	+ 3,5
Sozialversicherung	70 629	87 479	107 280	112 976	+ 5,3
Bargeld und Einlagen	44 033	58 885	75 324	80 874	+ 7,4
Wertpapiere	12 797	14 372	17 599	16 770	- 4,7
Ausleihungen	881	1 307	1 433	2 241	+ 56,3
Sonstige Forderungen ²	12 919	12 916	12 923	13 090	+ 1,3

¹ Einschließlich Extrahaushalte, ohne Anteilsrechte und Finanzderivate.

² Einschließlich Sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

wichtigste Anlageform im Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts dar. Alle anderen Vermögensarten wiesen im Vergleich zum Vorjahr Rückgänge auf. Die vom Öffentlichen Gesamthaushalt gehaltenen Wertpapiere reduzierten sich um 5,7% (–9,3 Milliarden Euro) auf 153,6 Milliarden Euro und bilden – wie auch im Vorjahr – die zweitgrößte Vermögensposition. Der stärkste Rückgang war mit 9,0% bei den Ausleihungen festzustellen. Nach einem Rückgang um 13,4 Milliarden Euro wurde Ende 2013 in etwa der Stand von vor zwei Jahren erreicht. Die Sonstigen Forderungen sind nach einem geringen Anstieg von 2011 auf 2012 nun wieder gesunken (um 2,7 Milliarden Euro beziehungsweise 3,5%) und hatten Ende 2013 mit 76,6 Milliarden Euro einen Anteil von rund 14% am Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts.

Seit dem Berichtsjahr 2010 war die Höhe des Finanzvermögens des Öffentlichen Gesamthaushalts deutlichen Schwankungen unterworfen, insgesamt nahm das Finanzvermögen in dieser Zeit aber um 2,6% (+14,1 Milliarden Euro) zu. Nach Anlageformen zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede. So legte einzig die Vermögensart Bargeld und Einlagen in diesem Zeitraum konstant von Jahr zu Jahr zu und übertraf am Ende des Jahres 2013 ihren Wert von vor vier Jahren um 40,5% (+53,2 Milliarden Euro). Die Vermögensanlage in Wertpapieren, die im Jahr 2010 noch die wichtigste Anlageform war, ging seither um insgesamt 13,8% (–24,6 Milliarden Euro) zurück. Ähnlich stark war der Rückgang bei den Ausleihungen, deren Umfang von 2010 bis 2013 um 12,6% (–19,6 Milliarden Euro) abnahm. Auf deutlich niedrigerem Niveau entwickelten sich die Sonstigen Forderungen. Deren Volumen stieg im Berichtszeitraum 2010 bis 2013 um 7,1% auf 76,6 Milliarden Euro.

Betrachtet man die Verteilung des Finanzvermögens innerhalb des Öffentlichen Gesamthaushalts, stellt man fest, dass alle Ebenen – außer dem Bund – ihre Anteile erhöhen konnten. Hatte der Bund im Jahr 2010 noch einen Anteil von 52,6% am Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts, so waren es Ende 2013 noch 39,6%. Dieser Anteil lag allerdings noch annähernd 12 Prozentpunkte über dem der Länder, der in den vergangenen drei Jahren um 4 Prozentpunkte auf 28% gestiegen ist. Die Gemeinden und Gemeindeverbände konnten ihren Anteil in diesem Zeitraum nur gering von 10,2% auf 11,8% erhöhen. Deutlich stärker fiel der Anstieg bei der Sozialversicherung aus. Hier war seit 2010 eine Erhöhung um mehr als die Hälfte (+55%) auf einen Anteil von 20,5% festzustellen.

2.1.1 Bund

Das Finanzvermögen des Bundes ist im dritten Jahr in Folge zurückgegangen und betrug am Ende des Jahres 2013 noch 218,2 Milliarden Euro (–6,7% beziehungsweise –15,8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr; –22,6% beziehungsweise –63,8 Milliarden Euro gegenüber 2010). Damit belief sich der Anteil des Bundes am Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts nun auf 39,6%, 13 Prozentpunkte weniger als noch drei Jahre zuvor. Dennoch stellt das Finanzvermögen des Bundes nach wie vor den größten Anteil am Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts dar und ist ähnlich hoch wie das von Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden zusammen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind alle vier erfassten Anlageformen des Finanzvermögens beim Bund zurückgegangen. Am deutlichsten fiel der Rückgang mit einem Minus von 27,3% (–6,4 Milliarden Euro) bei den Sonstigen Forderungen aus.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung des Finanzvermögens beim Bund zeigt sich, dass Wertpapiere nach wie vor die wichtigste Anlageform darstellen, auch wenn diese im Vergleich zum Vorjahr um 6,9% (–7,4 Milliarden Euro) und seit dem Jahr 2010 sogar um 23,5% (–30,9 Milliarden Euro) zurückgegangen sind. Dieser Rückgang ist wie schon in den Vorjahren auf die Tätigkeit der FMS Wertmanagement zurückzuführen.⁹

Einen erneuten Abbau verzeichneten auch die Ausleihungen: Im Vergleich mit dem Vorjahr reduzierten sich diese um 1,7 Milliarden Euro (–2,4%), seit 2010 betrug die Verringerung mit 33,4 Milliarden Euro insgesamt 32,2%. Auch wenn die Anlage in Bargeld und Einlagen gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückging (–0,8%), so stieg sie als einzige Anlageform in den vergangenen drei Jahren um insgesamt 7,4% auf 30,3 Milliarden Euro an.

2.1.2 Länder

Im Vergleich zu den revidierten Ergebnissen des Jahres 2012 war das Finanzvermögen der Länder um 3,5% (–5,7 Milliarden Euro) rückläufig (siehe Tabelle 1). Seit dem Berichtsjahr 2010 konnten die Länder trotz dieses Rückgangs ein Plus von 19,9% (+25,6 Milliarden Euro) verzeichnen und somit ihren Anteil am Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts von 24,0% auf 28,0% erhöhen.

Der stärkste Rückgang im Vergleich zum Vorjahr betraf mit einem Minus von 12,4 Milliarden Euro (–17,3%) die Ausleihungen. Auch die Wertpapiere verzeichneten eine Abnahme, wenngleich diese mit 4,3% (–1,4 Milliarden Euro) deutlich geringer ausfiel. Wie auch beim Finanzvermögen des Bundes ist dieser Rückgang bei den Wertpapieren und bei den Ausleihungen primär auf die Arbeit einer sogenannten Bad Bank, der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA), zurückzuführen, die in Nordrhein-Westfalen die von der WestLB übernommenen Vermögens- und Risikopositionen abwickelt.¹⁰

Ein deutlicher Zuwachs beim Finanzvermögen der Länder konnte bei Bargeld und Einlagen festgestellt werden. Diese Anlageform stieg um 17,2% (+5,4 Milliarden Euro) auf 37,0 Milliarden Euro und war damit nach den Ausleihungen die zweitwichtigste im Portfolio der Länder. Auch die Sonstigen Forderungen konnten weiter zulegen und betrugen 26,1 Milliarden Euro am Ende des Jahres 2013 (+11,9% beziehungsweise +2,8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr).

Im Vergleich zum Berichtsjahr 2010 legten bei den Ländern alle Finanzvermögensformen zu. Die Steigerungs-

⁹ Diese Anstalt des öffentlichen Rechts wurde im Jahr 2010 mit dem Ziel gegründet, von der verstaatlichten Hypo Real Estate Holding AG „Risikopositionen und nicht-strategienotwendige Geschäftsbereiche [...] zu übernehmen und gewinnorientiert zu verwerten und abzuwickeln“ (§ 2 Absatz 1 Statut der FMS Wertmanagement). So geht gleichzeitig mit dem Zurückführen der Vermögenspositionen auch ein Abbau der Schuldenpositionen einher.

¹⁰ Siehe Hohmann, K./Junkert, C.: „Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2012“ in WiSta 12/2013, Seite 907 ff., hier: Seite 909.

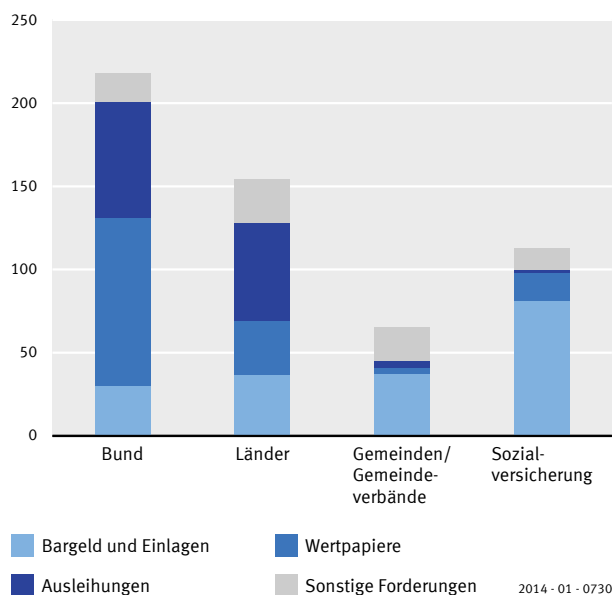
raten schwankten dabei zwischen den Anlageformen zwischen 6,0% bei den Wertpapieren und 26,7% bei den Ausleihungen.

2.1.3 Gemeinden und Gemeindeverbände

Wie schon in den Jahren zuvor, nahm auch das Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände zu. Zum Ende des Jahres 2013 lag es mit 65,0 Milliarden Euro um 4,3% höher als ein Jahr zuvor (siehe Tabelle 1). Seit dem Berichtsjahr 2010 wuchs das Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände um insgesamt 18,0% an.

Bis auf die Ausleihungen verzeichneten alle Vermögensarten einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Am deutlichsten fiel dieser mit 12,2% (+0,5 Milliarden Euro) auf 4,4 Milliarden Euro bei den Wertpapieren aus. Diese spielen jedoch mit einem Anteil von 6,7%, genauso wie die Ausleihungen (Anteil von 5,6%), eine eher untergeordnete Rolle im Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Schaubild 1 Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich nach Ebenen und Vermögensarten am 31. Dezember 2013
Mrd. EUR



Die Anlage in Bargeld und Einlagen ist am Jahresende 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Milliarden Euro (+4,4%) angestiegen. Mit einem Anteil von nun 56,2% ist diese Anlageform die mit Abstand bedeutendste auf der kommunalen Ebene (siehe Schaubild 1). Im Laufe der vergangenen drei Jahre war hier insgesamt ein Zuwachs von 22,5% zu verzeichnen. Gemeinden und Gemeindeverbände halten mit nun 36,5 Milliarden Euro annähernd so viel Bargeld und Einlagen wie die Länder und gut 20% mehr als der Bund.

Erneut angestiegen ist auch das Volumen an Sonstigen Forderungen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war mit 3,5% (+0,7 Milliarden Euro) zwar relativ moderat. Auf keiner anderen Ebene des Öffentlichen Gesamthaushalts haben Sonstige Forderungen aber eine solch große Bedeutung: Mit 20,4 Milliarden Euro beträgt der Anteil am Finanzvermögen der kommunalen Ebene 31,5%.

2.1.4 Sozialversicherung

Verglichen mit den beiden Vorjahren, in denen das Finanzvermögen der Sozialversicherung um jeweils mehr als 20% zugenommen hat, verlangsamte sich dieser Anstieg im aktuellen Berichtsjahr 2013. Die finanziellen Vermögenswerte der Sozialversicherung stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Milliarden Euro beziehungsweise um 5,3% (siehe Tabelle 1). In den vergangenen drei Jahren konnte das Finanzvermögen der Sozialversicherung so um insgesamt 60% auf 113,0 Milliarden Euro zulegen.

Bargeld und Einlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Milliarden Euro (+7,4%) und stellten mit nun 80,9 Milliarden Euro nach wie vor die mit großem Abstand wichtigste Anlageform der Sozialversicherung dar (Anteil am Finanzvermögen: 71,6%).¹¹ Der Wert der gehaltenen Wertpapiere ging dagegen um 4,7% auf 16,8 Milliarden Euro zurück, Wertpapiere sind aber noch zweitwichtigster Bestandteil im Finanzvermögen der Sozialversicherung.

Der größte Anstieg des Finanzvermögens war bei den Ausleihungen festzustellen. Deren Volumen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 56,3% (+0,8 Milliarden Euro), im Vergleich zu 2010 sogar um 154,4% (+1,4 Milliarden Euro). Mit einem Bestand von nun 2,2 Milliarden Euro haben Ausleihungen aber eine geringe Bedeutung für das Finanzver-

11 Siehe Hohmann, K./Junkert, C. (2013), hier: Fußnote 8 auf Seite 910.

Tabelle 2 Finanzvermögen der Sozialversicherung beim nicht öffentlichen Bereich

	31. Dezember 2010	31. Dezember 2011	31. Dezember 2012	31. Dezember 2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012
	Mill. EUR				%
Gesetzliche Krankenversicherung	28 312	33 705	32 361	40 406	+ 24,9
Soziale Pflegeversicherung	3 317	2 868	2 770	3 108	+ 12,2
Rentenversicherung ¹	22 207	27 460	32 752	35 829	+ 9,4
Gesetzliche Unfallversicherung	9 357	9 444	10 455	11 144	+ 6,6
Alterssicherung der Landwirte	250	1 280	1 349	1 738	+ 28,9
Bundesagentur für Arbeit	1 469	1 458	2 835	3 016	+ 6,4
Extrahaushalte der Sozialversicherung ²	5 717	11 262	24 758	17 735	- 28,4
Insgesamt ...	70 629	87 477	107 280	112 976	+ 5,3

1 Einschließlich Knappschaft.

2 Nicht aufteilbar auf die einzelnen Sozialversicherungszweige.

mögen der Sozialversicherung. Die Sonstigen Forderungen legten geringfügig um 1,3% (+0,2 Milliarden Euro) zu und beliefen sich Ende 2013 auf 13,1 Milliarden Euro.

Betrachtet man die Kernhaushalte der Sozialversicherungszweige, so stellt man fest, dass alle Bereiche einen Anstieg des Finanzvermögens verzeichneten. Während die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung im Jahr 2012 noch Rückgänge des Finanzvermögens aufwiesen, waren im Laufe des Jahres 2013 deutliche Zunahmen um 24,9% (+8,0 Milliarden Euro) bei der gesetzlichen Krankenversicherung beziehungsweise 12,2% (+0,3 Milliarden Euro) bei der sozialen Pflegeversicherung auf 40,4 Milliarden Euro (Krankenversicherung) beziehungsweise 3,1 Milliarden Euro (Pflegeversicherung) festzustellen (siehe Tabelle 2). Auch bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung (gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, Alterssicherung der Landwirte, Bundesagentur für Arbeit) stieg das jeweilige Finanzvermögen an. Dagegen erfuhr die Extrahaushalte der Sozialversicherung einen signifikanten Rückgang um 28,4% (-7,0 Milliarden Euro) auf 17,7 Milliarden Euro.

Tabelle 3 stellt dem Finanzvermögen zum Ende des Jahres 2013 die entsprechenden Schuldenstände gegenüber. Bei den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) liegen die Schulden um ein Mehrfaches über dem jeweiligen Finanzvermögen. Die Schulden der Sozialversicherung machen hingegen nur einen geringen Bruchteil von deren Finanzvermögen aus.

Während sich das Verhältnis von Schuldenstand zu Finanzvermögen bei den Ländern gering und beim Bund etwas deutlicher gegenüber dem Vorjahr verschlechterte, war auf der kommunalen Ebene eine leichte Verbesserung der Relation von Schulden zu Finanzvermögen festzustellen.

Tabelle 3 Finanzvermögen und Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich am 31. Dezember 2013 nach Ebenen

	Finanzvermögen	Schulden	Verhältnis der Schulden zum Finanzvermögen	
	Mill. EUR		2012	2013
Bund	218 233	1 277 257	5,50	5,85
Länder	154 287	624 915	4,03	4,05
Gemeinden/Gemeindeverbände	64 970	135 116	2,17	2,08
Sozialversicherung ...	112 976	631	0,01	0,01

2.2 Regionalvergleich auf Ebene der Länder

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung des Finanzvermögens auf Ebene der Länder etwas eingehender untersucht. Wie bereits in den Vorjahren wird sich die Analyse aufgrund des unterschiedlich stark ausgeprägten Kommunalisierungsgrades auf die gemeinsame Betrachtung von Kern- und Extrahaushalten der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände beziehen.

Insgesamt belief sich das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ende des Jahres 2013 auf 219,3 Milliarden Euro, das waren 3,0 Milliarden Euro beziehungsweise 1,4% weniger als ein Jahr zuvor (siehe Tabelle 4). Das Land mit dem höchsten Finanzvermögen (76,3 Milliarden Euro) war nach wie vor Nordrhein-Westfalen, obwohl hier ein Rückgang um 16,7% (-15,3 Milliarden Euro) festzustellen war.¹² Nach Nordrhein-Westfalen folgten Baden-Württem-

¹² Siehe hierzu Abschnitt 2.1.2.

Tabelle 4 Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts¹ beim nicht öffentlichen Bereich

	31. Dezember 2013				31. Dezember 2012				Veränderung des Finanzvermögens 2013 gegenüber 2012
	insgesamt	Land	Gemeinden/Gemeindeverbände	insgesamt je Einwohner/-in ²	insgesamt	Land	Gemeinden/Gemeindeverbände	insgesamt je Einwohner/-in ³	
	Mill. EUR			EUR	Mill. EUR			EUR	
Baden-Württemberg	34 100	20 446	13 654	3 218	31 469	18 402	13 067	2 977	+ 8,4
Bayern	31 488	17 532	13 956	2 509	29 006	16 205	12 801	2 317	+ 8,6
Berlin	10 298	10 298	0	3 034	7 568	7 568	0	2 242	+ 36,1
Brandenburg	7 110	4 834	2 276	2 905	6 193	4 010	2 183	2 528	+ 14,8
Bremen	1 634	1 634	0	2 496	1 868	1 868	0	2 853	- 12,5
Hamburg	5 695	5 695	0	3 268	4 768	4 768	0	2 749	+ 19,4
Hessen	11 360	4 778	6 582	1 885	10 704	4 640	6 064	1 779	+ 6,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	3 876	2 828	1 048	2 427	3 787	2 874	913	2 366	+ 2,4
Niedersachsen	8 748	4 612	4 136	1 123	7 547	3 422	4 125	970	+ 15,9
Nordrhein-Westfalen	76 327	65 534	10 793	4 350	91 641	80 724	10 917	5 220	- 16,7
Rheinland-Pfalz	9 136	5 692	3 445	2 291	8 924	5 402	3 521	2 236	+ 2,4
Saarland	1 127	753	374	1 136	901	553	348	907	+ 25,1
Sachsen	9 958	5 550	4 408	2 464	9 343	5 190	4 153	2 307	+ 6,6
Sachsen-Anhalt	2 416	1 367	1 049	1 074	2 781	1 737	1 044	1 231	- 13,1
Schleswig-Holstein	3 346	1 322	2 024	1 192	2 987	1 007	1 980	1 064	+ 12,0
Thüringen	2 640	1 413	1 227	1 220	2 779	1 576	1 202	1 280	- 5,0
Insgesamt ...	219 259	154 288	64 972	2 721	222 266	159 946	62 318	2 674	- 1,4

¹ Einschließlich Extrahaushalte, ohne Anteilsrechte und Finanzderivate.

² Einwohnerzahlen Stand: 30. Juni 2013; auf Grundlage des Zensus 2011.

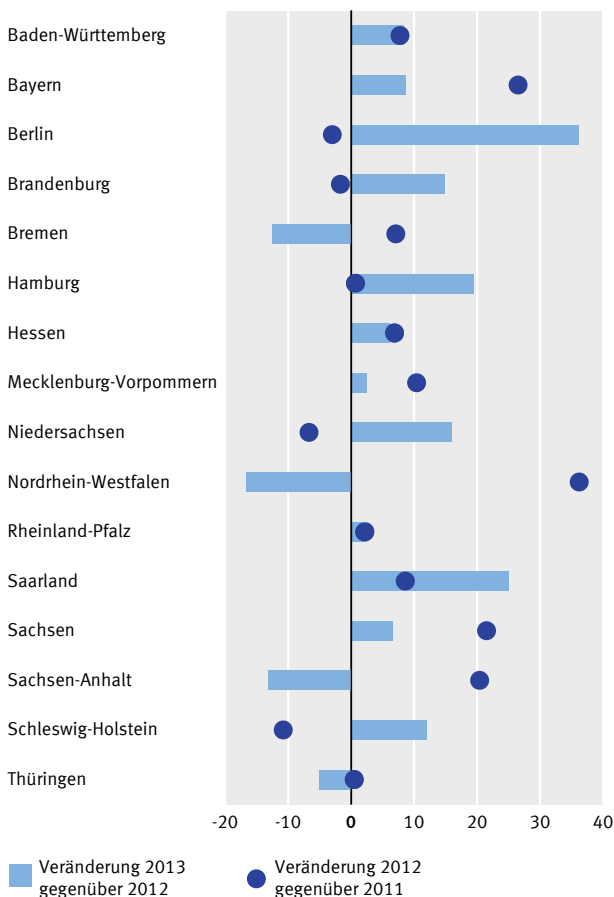
³ Einwohnerzahlen Stand: 31. Dezember 2012; auf Grundlage des Zensus 2011.

berg (34,1 Milliarden Euro), Bayern (31,5 Milliarden Euro), Hessen (11,4 Milliarden Euro) und Berlin (10,3 Milliarden Euro) als Länder mit dem größten Finanzvermögen. Berlin konnte unter den 16 Ländern sowohl relativ als auch absolut den stärksten Zuwachs seines Finanzvermögens gegenüber dem Vorjahr verbuchen (+36,1% beziehungsweise +2,7 Milliarden Euro).

Deutlich erhöhte sich das Finanzvermögen auch im Saarland (+25,1%), in Hamburg (+19,4%), in Niedersachsen (+15,9%) und in Brandenburg (+14,8%). Die weiteren Länder neben Nordrhein-Westfalen, deren Finanzvermögen sich verringerte, waren Bremen (-12,5%), Sachsen-Anhalt (-13,1%) und Thüringen (-5,0%).

Schaubild 2 zeigt, wie stark sich die Veränderung des Finanzvermögens bei einzelnen Ländern von Jahr zu Jahr unterscheiden kann. Während Berlin von 2011 auf 2012 noch einen Rückgang seines Finanzvermögens hinnehmen musste, war dort Ende 2013 der stärkste Anstieg zu verzeichnen. Andererseits war Nordrhein-Westfalen Ende 2012 das Land mit dem größten Zuwachs beim Finanzvermögen, Ende 2013 dagegen dasjenige mit dem höchsten Verlust. Ähnliche, stark gegenläufige Entwicklungen waren auch in Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein auszumachen.

Schaubild 2 Finanzvermögen der Länder¹ beim nicht öffentlichen Bereich
in %



1 Einschließlich Gemeinden/Gemeindeverbänden.

2014 - 01 - 0731

Schaubild 3 auf Seite 780 stellt die Struktur des Finanzvermögens der 16 Länder nach den Vermögensarten dar, wobei sowohl die Ausleihungen als auch die Wertpapiere nochmals in kurz- und längerfristig verfügbares Finanzvermögen unterschieden werden.

Der Anlageform Bargeld und Einlagen kam in den Ländern eine besondere Bedeutung zu. In der Hälfte der 16 Länder war sie dort Ende 2013 die vorherrschende Vermögensart. Überraschende Bedeutung hatten Bargeld und Einlagen in Baden-Württemberg, wo sie drei Viertel des Finanzvermögens ausmachten. Einen Anteil von mehr als 50% erreichten Bargeld und Einlagen noch in Schleswig-Holstein (58,0%), Sachsen-Anhalt (52,2%) und Thüringen (51,5%), die größte Bedeutung am Finanzvermögen kam ihnen zudem noch in Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen zu.

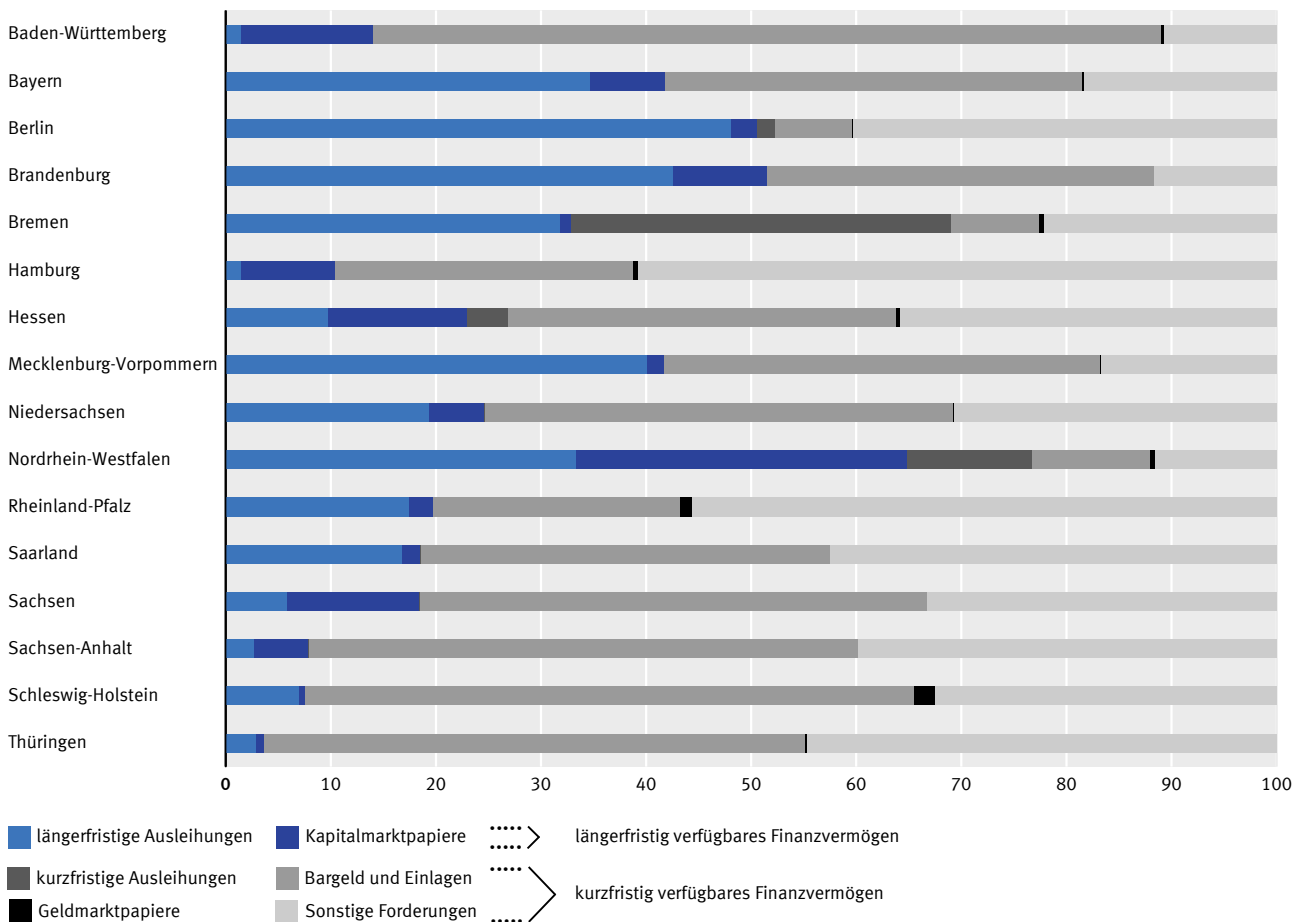
Geldmarktpapiere (Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit bis zu einem Jahr) spielten in den Ländern weiterhin so gut wie keine Rolle. Nur in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein lag deren Anteil am Finanzvermögen-Portfolio über 1%. Bei Wertpapieren mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr (Kapitalmarktpapiere) zeigte sich dagegen ein etwas anderes Bild. Besonders große Bedeutung kam diesen mit einem Anteil von rund einem Drittel am Finanzvermögen (31,5% beziehungsweise 23,6 Milliarden Euro) in Nordrhein-Westfalen zu. Eine geringere, wenn auch nicht zu vernachlässigende Rolle spielten Kapitalmarktpapiere noch in Hessen (13,2%), in Sachsen (12,6%) und in Baden-Württemberg (12,5%).

Auch die Ausleihungen werden in Schaubild 3 nach ihrer Fristigkeit untergliedert. Die insgesamt größte Bedeutung hatte diese Anlageform in Bremen mit 68,0% des Finanzvermögens. Großen Anteil am Finanzvermögen insgesamt hatten Ausleihungen auch noch in Berlin (49,8%), Nordrhein-Westfalen (45,3%), Brandenburg (42,5%), Mecklenburg-Vorpommern (40,1%) und Bayern (34,7%). Vorherrschend waren hier jeweils langfristige Ausleihungen. Nur in Bremen überwogen die kurzfristigen Ausleihungen mit 36,2% am Finanzvermögen und auch in Nordrhein-Westfalen kam dieser Vermögensart eine noch etwas bedeutendere Rolle zu (11,9%). Den größten Anteil am Finanzvermögen hatten langfristige Ausleihungen in Berlin (48,1%).

Neben Bargeld und Einlagen sowie (langfristigen) Ausleihungen waren die Sonstigen Forderungen ein Hauptbestandteil des Finanzvermögens der Länder. Bei keiner anderen Vermögensart lagen die Anteile in sämtlichen Ländern im zweistelligen Bereich. Die größte Bedeutung kam den Sonstigen Forderungen in Hamburg zu (60,8%), gefolgt von Rheinland-Pfalz (55,6%), Thüringen (44,7%), dem Saarland (42,5%) und Berlin (40,3%).

Schaubild 4 auf Seite 781 stellt dem Finanzvermögen je Einwohner/je Einwohnerin die jeweilige Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber. Das durchschnittliche Finanzvermögen je Einwohner/je Einwohnerin am Jahresende 2013 betrug 2721 Euro, die durchschnittliche Verschuldung je Kopf 9431 Euro. Zu beachten ist hierbei, dass sich die Durchschnittswerte

Schaubild 3 Struktur des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich nach Ländern¹ am 31. Dezember 2013
in %



¹ Einschließlich Gemeinden/Gemeindeverbänden.

Erläuterungen: Geldmarktpapiere sind Wertpapiere mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr; Kapitalmarktpapiere sind Wertpapiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr; kurzfristige Ausleihungen sind Ausleihungen von weniger als einem Jahr; längerfristige Ausleihungen sind Ausleihungen von mehr als einem Jahr.

2014 - 01 - 0732

jeweils auf die Kern- und Extrahaushalte der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände beziehen und die Bundesebene sowie die Sozialversicherung nicht einbezogen sind.

Lagen in Sachsen Ende 2012 Finanzvermögen und Schulden je Einwohner/je Einwohnerin noch in etwa gleichauf, überstieg das Finanzvermögen die Schulden je Kopf Ende 2013. Nahe an der Parität lag am 31. Dezember 2013 nur noch Bayern.

Ende des Jahres 2013 wiesen noch sechs weitere Länder eine unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung aus. Von diesen war außer in Baden-Württemberg auch in Brandenburg das Finanzvermögen je Einwohner/je Einwohnerin überdurchschnittlich hoch. Bei den anderen (Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Thüringen) war das Finanzvermögen dagegen unterdurchschnittlich. Die Situation stellte sich hier also ähnlich dar wie Ende 2012.

Folglich waren auch die Länder, die eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen, Ende 2013 die gleichen wie Ende 2012. Der einzige Unterschied in der

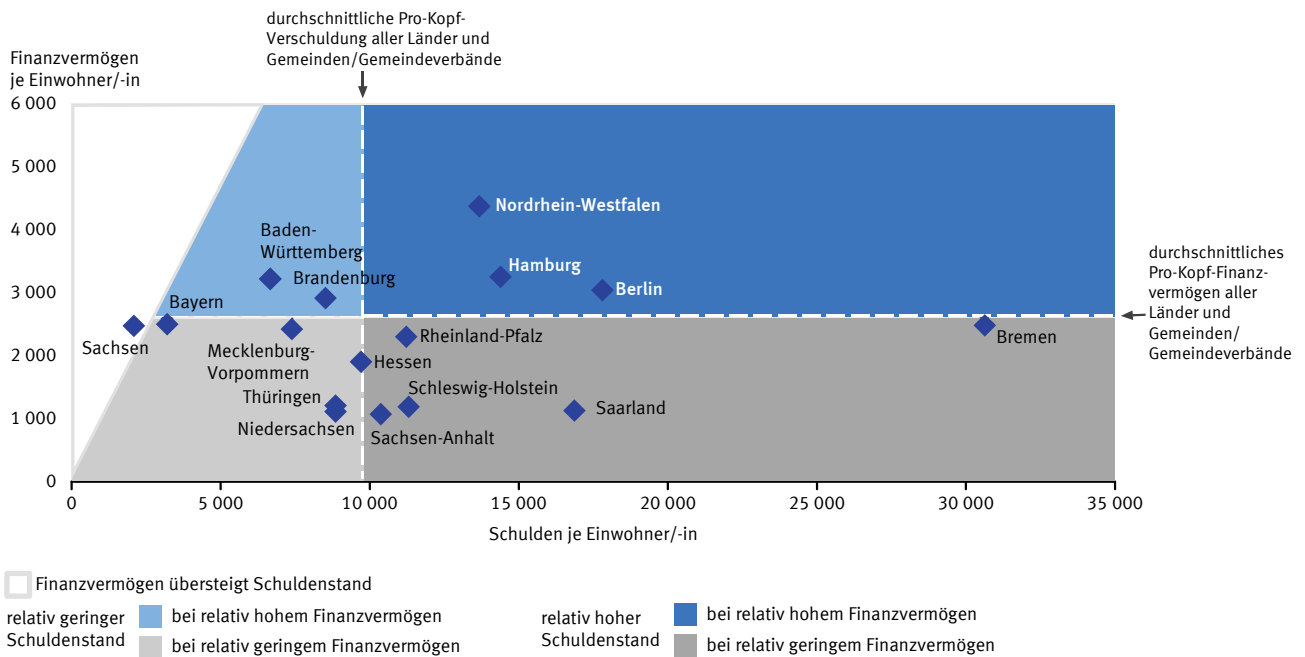
Grundkonstellation war, dass Berlin nun ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Finanzvermögen und Bremen ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Finanzvermögen aufwiesen.

3 Zusammenfassung

Das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich bezifferte sich am 31. Dezember 2013 auf 550,5 Milliarden Euro. Dies bedeutete gegenüber den revidierten Ergebnissen des Vorjahres einen Rückgang um 2,3%. Obwohl sich die Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Sozialversicherung positiv entwickelten, konnte dies die Verminderung des Finanzvermögens bei Bund und Ländern nicht kompensieren.

Wie in den Vorjahren waren sowohl das Niveau als auch die Struktur der jeweiligen Finanzvermögen sehr heterogen. So machten zum Beispiel in Baden-Württemberg Bargeld und Einlagen den mit Abstand größten Anteil am Finanzvermögen aus, während es in Hamburg Sonstige Forderungen, in Bremen Ausleihungen und in Nordrhein-Westfalen län-

Schaubild 4 Finanzvermögen und Schulden der Länder¹ beim nicht öffentlichen Bereich am 31. Dezember 2013
in EUR



¹ Einschließlich Gemeinden/Gemeindeverbänden.

gerfristige Anlagen (Kapitalmarktpapiere und längerfristige Ausleihungen) waren.

Detailliertere Ergebnisse zum Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts enthalten die bereits erwähnte Reihe 5.1 der Fachserie 14 des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Öffentliche Finanzen & Steuern) sowie die Datenbank GENESIS-Online (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>). [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.